

## **...es kamen Menschen. 50 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen**

Als vor 50 Jahren, am 31. Oktober 1961, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei ein Abkommen über die Anwerbung von Arbeitskräften aus der Türkei beschlossen wurde, gingen alle Beteiligten, Anwerber wie Angeworbene, davon aus, dass die „Gastarbeiter“ nur für eine begrenzte Dauer hier leben und arbeiten würden. Ein „Rotationsprinzip“ sollte die maximale Aufenthaltsdauer auf zwei Jahre begrenzen und langfristige Einwanderung verhindern. Dass alles dann anders kam, lag nicht nur daran, dass die Wirtschaft ungern die gerade eingearbeiteten Arbeiter immer wieder gegen neue ungelernete austauschen wollte.

Die Motive für die Anwerbeabkommen mit der Türkei und davor und danach auch mit Italien, Spanien, Griechenland, Portugal, Jugoslawien, Marokko und Tunesien waren neben dem Arbeitskräftemangel auch der Ausgleich von Handelsdefiziten sowie außenpolitische Erwägungen. 1973 verhängte man in Folge der Ölkrise einen Anwerbestopp. Erst danach begann ein Teil der bis dahin in Deutschland allein lebenden jungen Männer, die Familie nachkommen zu lassen. Unabhängig davon, wie die Anwerbeabkommen bewertet werden, haben sie und die faktisch stattgefundene Migration die Bundesrepublik und ihre ethnische Zusammensetzung nachhaltig verändert.

Die Vorstellung von einer baldigen Rückkehr der angeworbenen Arbeitskräfte in ihr jeweiliges Heimatland führte dazu, dass weder die Arbeitsmigranten noch das Aufnahmeland, die Bundesrepublik, sich ernsthafte Gedanken über das langfristige Zusammenleben machten. Die dann folgende, Jahrzehnte andauernde politische Verweigerung, die faktisch stattgefundene, irreversible Entwicklung hin zu einem Einwanderungsland anzuerkennen führte dazu, dass das gegenseitige Bewusstsein für die Zusammengehörigkeit sowohl auf der Seite der Migranten als auch auf der Seite der Mehrheitsgesellschaft nur schwer wachsen konnte. Ein Konzept für die Integration und Maßnahmen, welche die gesellschaftliche und politische Teilhabe der Eingewanderten förderten, fehlten weitgehend.

Durch die EU-Mitgliedschaft von Italien, Spanien, Portugal und Griechenland erfuhren Arbeitsmigranten aus diesen Ländern eine rechtliche Besserstellung gegenüber ihren türkischen Kolleginnen und Kollegen und ihren Familien, die die größte ethnische Minderheit in Deutschland darstellen. So erhielten die EU-Bürger zum Beispiel das kommunale Wahlrecht oder die Möglichkeit zum Erwerb der doppelten Staatsbürgerschaft, während die türkischen Familien mit immer restriktiveren Regeln beispielsweise bei der Familienzusammenführung konfrontiert sind.

Nicht nur diese faktisch erlebte Ungleichbehandlung, sondern auch die politischen Diskussionen, die der Türkei als „kulturell Fremde“ die Aufnahme in die EU verweigern, trifft die Türkischstämmigen emotional und „entfremdet“ sie. Noch schwerer dürften jedoch die Entwicklungen wiegen, die nach dem Erstarken fundamentalistischer Bewegungen in den islamischen Ländern und vor allem nach dem 11. September starke, ablehnende bis feindliche Ressentiments gegenüber „allen“ Muslimen pauschal zur Popularität verhelfen. Eine stark wachsende pauschale Skepsis gegenüber den Muslimen, die in Deutschland größtenteils türkischstämmig sind, führt zu verstärkten Vorurteilen und Ablehnung gegenüber der

Bevölkerung mit türkischen Wurzeln und grenzt diese aus. Das erschwert ebenfalls die Integration und gesellschaftliche Teilhabe.

Die hohe Arbeitslosigkeit, zu geringer Bildungsbeteiligung (in den Haupt- und Förderschulen, sowie in der Gruppe der Jugendlichen ohne Schulabschluss überrepräsentiert, in den Gymnasien und Hochschulen unterrepräsentiert), höheres Armutsrisiko, die Rückkehrwelle unter den Qualifizierten aufgrund fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz und beruflicher Perspektiven dürfen keinen von uns ruhig lassen. Man brauchte junge, gesunde und billige Arbeitskräfte, die dann aus ländlichen Gebieten und mit geringer formaler Bildung kamen. Sie arbeiteten und arbeiteten, in Schicht und Akkord. Bis heute ist man aber erstaunt, dass sie sich nicht wie Bildungsbürger benommen und nicht hoch motiviert gutes Deutsch gelernt haben oder nicht „fit“ genug waren, in einem stark sozial selektierenden Bildungssystem (in dem Kinder aus unteren sozialen Schichten weniger als in jedem anderem europäischen Land die Chancen haben, die höhere Bildung zu erreichen) ihre Kinder vorschulisch und schulbegleitend zu fördern, um – über allen Hürden springend – die höhere Bildung zu erlangen.

Dennoch: Trotz aller Unkenrufe Sarrazins und Konsorten und trotz widriger Umstände schreiben türkischstämmige Menschen auch Erfolgsgeschichten: Tausende türkischstämmige Arbeitnehmer und Unternehmer, die von der deutschen Wirtschaft nicht wegzudenken sind, türkische Schriftsteller, die die deutsche Literatur bereichern, türkischstämmige Filmemacher, die internationale Preise nach Deutschland holen, türkischstämmige Fußballer, die für Deutschland Tore schießen, erste türkischstämmige Ministerinnen, der erste Vorsitzende einer der großen Parteien Deutschlands, tausende bürgerschaftlich Engagierte, tausende gute Nachbarschaften und Freundschaften lassen mich hoffen, dass wir alle es gemeinsam schaffen, die entstandene ethnische Vielfalt in diesem Land zu akzeptieren, die Leistungen der Menschen, die als Arbeitskräfte gerufen wurden und in diesem Land eine neue, zusätzliche Heimat gefunden haben, anzuerkennen. Denn wir haben eine gemeinsame Zukunft. Es gilt, diese demokratisch zu gestalten.

Mitra Sharifi Neystanak